

AUFRUF ZUR REGULARISIERUNG UNSERER AUSANGESTELLTEN, KINDERMÄDCHEN UND ALTENPFLEGERINNEN u.a.

Die Unterzeichnerinnen rufen die zuständigen Behörden auf, alles zu unternehmen, um Migrantinnen, die in unseren Privathaushalten arbeiten, die Regularisierung ihres Aufenthalts in der Schweiz zu erlauben.

Wir stellen fest, dass

- wir noch weit entfernt von einer gleichen Aufteilung der Hausarbeit (Haushalt, Betreuung von Kindern, Alten und Kranken etc.) zwischen Männern und Frauen sind und wir als Frauen noch immer einen doppelten Arbeitstag haben, wenn wir berufstätig sind; zudem steigt die Zahl der Einelternfamilien, und meist sind es die Frauen, die sich allein um die Kinder kümmern;
- die gesellschaftlichen Einrichtungen zur Kleinkinderbetreuung und – am anderen Extrem des Lebens – für die Altenbetreuung den Bedarf allgemein unzureichend decken; die zur Zeit verfolgte restriktive Budgetpolitik führt darüber hinaus zu weiteren Kürzungen von Sozialleistungen und zu einer erhöhten Belastung der Frauen mit unbezahlter Hausarbeit;
- es unter diesen Umständen oft nötig ist, auf die Arbeit von Migrantinnen zu setzen, die ihr Herkunftsland auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen bei uns verlassen mussten; ohne die Arbeit dieser Frauen könnten wir all die Aufgaben, die die Gesellschaft von uns als Erwerbstätige, als Mütter, als Betreuerinnen unserer betagten Eltern, als Hausfrauen etc. erwartet, schlicht nicht leisten;
- wir angesichts dieser Situation bemerkt haben, welch zutiefst ungerechtes Schicksal unsere Gesellschaft den Migrantinnen vorbehält, die im Haushaltssektor arbeiten: sie leisten gesellschaftlich, wirtschaftlich und menschlich unersetzbare Arbeit und sind doch aller Rechte beraubt, da das schweizerische Ausländergesetz ihnen jede Möglichkeit verweigert, eine Aufenthaltsbewilligung zu erhalten, und sie auf einen prekären, „illegalen“ Status festschreibt, der sie zudem allem möglichen Missbrauch aussetzt;
- der Genfer Staatsrat Anfang 2005 die Bundesbehörden aufgefordert hat, über 5000 Haushaltsangestellte kollektiv zu regularisieren. Bis heute ist dieser Antrag jedoch ohne Folgen geblieben. **Deshalb haben wir Frauen, die in ihrem Haushalt die Dienste von Migrantinnen in Anspruch nehmen, beschlossen, das Schweigen zu brechen und öffentlich zu fordern, dass endlich eine politische Lösung gefunden wird, um diese Arbeiterinnen zu regularisieren und ihnen zu ermöglichen, in den Genuss grundlegender Rechte zu kommen und würdig in unserem Land zu leben.**

Name und Vorname

Beruf, Stellung

Stadt/Kanton

.....
.....